

AK:BE-Rundbrief

1. Ausgabe - November 2008

"Die größte Risikogruppe in Deutschland besteht aus Ministerpräsidenten, Finanzministern und Bildungspolitikern"

Ludwig Eckinger, Bundesvorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung (VBE)

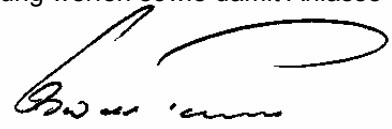
Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

zwar fallen uns allen angesichts der großen akuten Krisen auf Anhieb gewiss noch einige Erweiterungsmöglichkeiten für die von Ludwig Eckinger aufgelistete Risikogruppe ein. In Bezug auf unser Schwerpunktgebiet, Bildung und Erziehung, sind aber damit für die Zeiten des Bildungsföderalismus die Speerspitzen der Kräfte markiert, die uns am heftigsten zu schaffen machen.

Aus sieben Beiträgen besteht dieser nach der Nullnummer nun offiziell erste Rundbrief des Kölner Attac-Arbeitskreises Bildung und Erziehung:

- Der erste ist ein Produkt aus dem Arbeitskreis selbst. Monika Domke und Erik Häel haben sich Gedanken zum Privatisierungsgeschehen in unserem Schwerpunktbereich gemacht und sie unter dem Titel "Bildung und Erziehung - zum Abschuss durch Privatisierung freigegeben?" niedergeschrieben.
- Eine kleine, nach wie vor aktuelle Nachlese zu den vielbejubelten Resultaten von PISA 2006 beleuchtet in fünf Beiträgen die Bildungslandschaft aus unterschiedlichen Perspektiven :
 - eine markige VBE-Pressemeldung aus Verbandssicht, der auch das obige Zitat von Ludwig Eckinger entnommen ist,
 - ein FR-online-Interview mit der Bildungsforscherin und Sozialwissenschaftlerin Heike Solga. Sie zeigt die nach wie vor unerledigten Hausaufgaben der Bildungspolitik auf.
 - Die taz-Kommentatorin Anna Lehmann stellt am Tag nach der offiziellen Veröffentlichung der Resultate von PISA 2006 zu Recht den Jubel in Frage.
 - In einer Betrachtung aus der Financial Times Deutschland wird der Zusammenhang zwischen der deutschen Schulmisere und dem Zustand vorschulischer Betreuung und Erziehung aufgezeigt.
 - Ein FR-online-Bericht über eine Studie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) weist auf das folgenschwer negative Selbstbild der Hauptschüler in Deutschland hin.
- In einem Bericht von studis-online.de werden die Resultate einer Studie des Lisbon Council for Economic Competitiveness beleuchtet, nach der die deutschen Hochschulen im Vergleich in 17 OECD-Staaten auf Platz 15 liegen.

Mit dieser Themenauswahl soll der Rundbrief aus überwiegend kritischer Sicht aktuelle Schlaglichter auf die Situation und Probleme einzelner Bereiche des Sektors Bildung und Erziehung werfen sowie damit Anlässe und Material zum Diskutieren und Weiterrecherchieren bieten.



Oswald Pannes

Der Rundbrief kann auch abonniert werden, und zwar unter: oswaldpannes@gmx.de



Bildung und Erziehung - zum Abschluss durch Privatisierung freigegeben?

Dass für die Finanzmarktkrise auf einmal Milliarden in einer Größenordnung locker gemacht werden, die niemals für die globale Bekämpfung von Hunger und Armut oder anderen weltweiten Problemen bereit gestellt würden, wundert kaum jemanden wirklich. Es macht höchstens mehr Menschen wütend. Das Vertrauen in das neoliberale Credo scheint erschüttert. Doch ist die Frage, wie erschüttert es eigentlich ist, wenn zugleich weitgehend unbemerkt weiter an der Umwandlung öffentlicher Güter in private Güter gearbeitet wird. Diese Privatisierung gesellschaftlichen Eigentums kann auch Enteignung genannt werden.

Gefahr des Nachdenkens

Ein Beispiel dafür ist der Bildungsbereich. Dieser war - ebenso wie Gesundheitswesen oder andere soziale Bereiche - schon immer Sparsbüchse für die Staaten, die auf den IWF oder die Weltbank angewiesen waren. Vielleicht wäre es ja zu gefährlich, wenn alle Menschen zumindest eine grundlegende Allgemeinbildung bekämen. Schließlich könnte das zum Schlüssel des Nachdenkens über die eigene, die gesellschaftliche und die globale Situation werden und möglicherweise gar zu selbständigem und gemeinsamem Handeln führen.

Bildung als Zukunftsinvestition wird zwar in aller PolitikerInnenmunde geführt, damit scheint aber weniger eine Investition in die Bildung der Menschen gemeint zu sein. Vielleicht müssen wir „Bildung als Zukunftsinvestition“ ganz anders lesen, nämlich als einen weiteren zu privatisierenden öffentlichen Bereich, der für das globale Finanzkapital weltweit als Anlagemöglichkeit attraktiv gemacht werden soll.

Kitas als Profit Center

„Mit Kindertagestätten und 120 000 Kindern an die Börse gehen, Investoren anlocken – das klingt gewagt. Man muss auf Dauer viel Fantasie haben, um die Betreuung von Kleinkindern als Renditeobjekt zu betrachten“, kommentiert Rolf Obertreis im Wirtschaftsteil der Frankfurter Rundschau. „Nicht alles lässt sich privatisieren, schon gar nicht mit dem Ziel schöner Gewinne.“ Dennoch gibt es Unternehmen, die mit der Bildung Geld machen und noch mehr Geld zu machen hoffen. In den GATS-Verhandlungen wird in diesem Sinne auf weitergehende Liberalisierung der Bildung gedrängt.

In Deutschland gibt es schon eine große Anzahl zum Teil recht weit gediehener Vorstöße, einer solchen Liberalisierung aller Bereiche der Bildung - von der Kinderbetreuung über die Schulen und Hochschulen bis hin zur Weiterbildung - Tür und Tor zu öffnen. Beinahe wäre sie bis in die Kinderbetreuung eingedrungen, wäre nicht Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen mit ihrem Versuch gescheitert, die Länder zu einer Gleichstellung der privat-gewerblichen Kita-Träger mit den öffentlichen zu zwingen, also auch die gewerbliche Träger aus Steuergeldern zu fördern. Damit wäre der verhängnisvolle Prozess einer Privatisierung der Kinderbetreuung auf dem Weg gewesen.

Entsprechende Ansätze gibt es ohnehin schon in großer Anzahl. Die ersten Betreuungs- und Unterrichtskonzerne im Kinderbetreuungs- und Grundschulbereich sind in Deutschland angekommen. Sie stoßen durchaus auf Zuspruch, was bei dem fortschreitenden Abbau der öffentlichen Gelder und der damit einhergehenden permanenten Verschlechterung öffentlicher Bildung und Erziehung nicht verwunderlich ist. Dabei zeigt aktuell das Desaster des australischen Betreuungskonzerns ABC Learning, was die Auslieferung von Bildung in private Hände und an die Finanzmärkte wirklich bedeutet:

Der Fall ABC Learning

Auch in Australien wurden noch bis in die frühen 90er Jahre hinein nur gemeinnützige Kita-Träger staatlich gefördert. Dies änderte sich, als angesichts eines notwendigen Ausbaus der Kinderbetreuung die damalige Labour-Regierung aus vermeintlichen Sparzwängen auf private Träger setzte. Die Nachfolgeregierung Howard strich später sogar den Zuschuss für die Betriebskosten der gemeinnützigen Träger. Viele mussten daraufhin schließen oder wurden an kommerzielle Träger verkauft. Private Kita-Unternehmen boomten. Einige große börsennotierte konnten mit dem frischen Geld expandieren. Und schließlich blieb ein Unternehmen übrig, das den Markt dominierte: der Kita-Konzern ABC Learning des Unternehmers Eddy Groves.

Der Konzern ABC Learning finanzierte sein Wachstum durch die Börse. Börsenkurse sind aber wiederum von der Profiterwartung, vom zukünftigen Wachstum abhängig, der Konzern also auf permanentes starkes Wachstum angewiesen – ein Teufelskreis. Der misslungene Einstieg in den amerikanischen Markt aufgrund geringerer staatlicher Förderung dort führte zum Absturz der Aktienkurse. Zusätzlich hatte der Konzerninhaber Groves seine ABC Learning Aktien zur Finanzierung der Expansion bereits beliehen. Die Banken erzwangen nun den Verkauf der Aktien und der schon erworbenen US-Kitas, um den Totalverlust zu verhindern. Zur Verhinderung der Insolvenz reichte dies nun in der Finanzkrise, in der die Banken dem überschuldeten Unternehmen das Vertrauen entzogen, nicht mehr aus. Groves musste zurücktreten und hinterließ einen Konzern mit 1,2 Milliarden australischen Dollar Schulden.

Neue Investoren fanden sich nicht für den ehemaligen Star der Börse. Inzwischen werden von der stellvertretenden australischen Ministerpräsidentin 40% der Kitas als unrentabel eingeschätzt. Um den Konzern zu retten, der zu diesem Zeitpunkt alleine die Betreuung jedes dritten australischen Kindes gewährleistete, sprang der australische Staat ein. Zur Sicherstellung der Betreuung von etwa 120.000 australischen Kindern bis Ende des Jahres ist eine Unterstützung von 22 Milliarden australischen Dollar notwendig. Was danach geschieht ist, für diese Kinder ebenso ungewiss wie für die weltweit 65.000 MitarbeiterInnen.

Staatlich abgesicherte Finanzmarktlogik

Wenn Bildung in die Hände privatwirtschaftlicher, börsennotierten Konzerne gelegt wird, gerät sie in unter die Steuerung der Finanzmärkte und deren Profitlogik. So machte ABC Learning Gewinne mit Einsparen von Personal und damit von Qualität, viel Geld floss jedoch ins Marketing. Der Ökonom Gordon Cleveland stellt für kommerzielle Kitas treffend fest: „Für profitorientierte Kindertagesstätten lohnt sich ein Angebot, das hochwertig aussieht, aber minderwertig ist.“

Die Dienstleistung der Betreuung und Bildung eignet sich grundsätzlich schlecht, um Profit zu erzielen, da sie personalintensiv ist. Zu einem lukrativen Geschäft wird die Betreuung erst durch staatliche Zuschüsse. Aufschlussreicherweise scheiterte ABC Learning in den USA an den niedrigeren Zuschüssen. Mit der Streichung der staatlich garantierten Betriebskosten der gemeinnützigen Träger wurde im Grunde die öffentliche Verantwortung aufgegeben, eine öffentliche bzw. gemeinnützige Bildungslandschaft bewusst privaten Trägern überantwortet. Das Öffentliche wurde privatisiert, das Gemeingut wurde enteignet. Die neuen Träger besaßen in der Regel ein Monopol, da die Eltern von ihrer Dienstleistung abhängig sind. „Es ist ein wunderbares Feld für internationale Investoren geworden. Sie wissen, dass der Staat viel Geld ausgibt und dass Eltern, die dringend Kita-Plätze benötigen, einiges drauflegen.“, so die australische Pädagogin Woodrow.

Die Privatisierung öffentlicher Güter entspricht eher der ursprünglichen Akkumulation - wie der Aneignung von Gemeineland durch Raub - als einer Akkumulation durch Mehrwertproduktion mittels erweiterter Produktion. Die Enteignung überträgt öffentlichen Reichtum in private Hände, sie setzt keine erweiterten Akkumulationskreisläufe in Gang. Die Monopolstellung ermöglicht es, aus den Einnahmen der staatlichen Zuschüsse und der Elternbeiträge Anteile für die Investoren und für weitere Expansion abzuzweigen. Es handelt sich um Monopolrenten, die allerdings für eine Steigerung der Akkumulation zu begrenzt sind. Es verbleibt nur die Enteignung weiteren Gemeineigentums. Eine permanente Umverteilung ist durch den Wachstumswang wie bei dem Kita-Konzern ABC Learning in Gang gesetzt als Ersatz für eine im Dienstleistungsbereich nicht mögliche Akkumulation durch erweiterte Mehrwertproduktion.

Die schon begonnenen und vor allem die für die Zukunft beabsichtigten Privatisierungsaktivitäten im Bildungssystem sollen ein weiteres Feld für die Finanzmärkte erschließen. Privatisierungsgewinne und staatliche Subventionen generieren dabei eine kurzfristige „Enteignungsökonomie“ (Zeller). Die Börsennotierung von Bildungsunternehmen mit den Risiken der Insolvenz ist die logische Konsequenz, durch Finanzspekulation in diesem Bereich Renditen zu erwirtschaften. Verschlechterte Arbeitsbedingungen und geringe Qualität sind Folgen der politischen Entscheidung für die privaten Anbieter in allen sozialen Bereichen. Dabei ist es, wie bei ABC Learning, nur eine Frage der Zeit, bis die Tendenz der Börse zur Überschätzung ins Gegenteil umschlägt. ABC Learning muss so wie ein Kartenhaus im Sturm der Finanzkrise zusammenbrechen. Verluste werden dann verstaatlicht, um die Minimalstandards aufrechtzuerhalten, nachdem die Privatisierung und öffentliche Zuschüsse als Rendite getarnten Rentenzahlungen ermöglicht haben.

Für die gesellschaftliche Wiederaneignung privatisierten Gemeinguts!

Zudem würde weiter zunehmende Privatisierung im Bildungsbereich auch zu einer Zunahme der schon jetzt zu beobachtenden inhaltliche Konsequenzen führen: Verflachung, Normierung, Entwissenschaftlichung -

weiterer Absturz der Qualität von Lehre und Lernen. Daher ist es nicht nur aus ökonomischen Erwägungen wichtig, dem Finanzkapital Regularien aufzuzwingen. Im Bildungssystem kommt es darauf an, das Gemeingut gegen weitere Enteignungen zu verteidigen und sich bereits enteignetes wieder gesellschaftlich anzueignen.

Das Bildungssystem - die allseitige Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und allen Wissbegierigen dürfen nicht zur Ware werden! Es gilt weltweit für öffentliche menschwürdige Bildung zu kämpfen. Sie ist ein grundlegender Baustein für die Entwicklung eines planetarischen Bewusstseins. Eine andere Welt ist möglich!



Verband Bildung und Erziehung e.V. - Pressemeldung 17.11.2008



Bildungsgerechtigkeit lässt sich nicht wegmessen Schulischer Alltag besteht aus Unterrichtsausfall, Lehrermangel und zu großen Klassen

"Die größte Risikogruppe in Deutschland besteht aus Ministerpräsidenten, Finanzministern und Bildungspolitikern", erklärt Ludwig Eckinger, der Bundesvorsitzende des Verbands Bildung und Erziehung (VBE), vor der morgigen Veröffentlichung von PISA E 2006. "Das Messen und Austesten schulischer Leistungen ist in der Bundesrepublik nach wie vor von der Verbesserung der konkreten Bedingungen an den Schulen entkoppelt", sagt Eckinger und unterstreicht: "Bildungsstandards und Vergleichsarbeiten werden zu Placebos degradiert." Seit zwei Jahren liege die gemeinsame Erklärung mit den Kultusministern vor, jede Schülerin, jeden Schüler individuell zu fördern und zu fordern, so Eckinger. Aber Eltern, Schüler und Lehrer würden an der Nase herumgeführt, denn der schulische Alltag bestehe aus Unterrichtsausfall, Lehrermangel, zu großen Klassen und zu wenig individuellen Fördermöglichkeiten.

Eckinger kritisiert, die Zahl der scheiternden Schülerinnen und Schüler könne nicht am grünen Tisch reduziert werden, sondern setze erheblich verbesserte Gelingensbedingungen voraus. Dazu zähle auch eine reale Durchlässigkeit aller Bildungswege nach oben. "Besserverdienende Familien können diesen Mangel durch privat finanzierte Zusatzförderung oder durch die Flucht in eine Privatschule kompensieren", sagt Eckinger. Keinen Schritt seien die Länder in der gravierenden Frage vorangekommen, die überdurchschnittlich starke Abhängigkeit der Leistungen vom sozialen Status der Schüler, von deren ethnischer Herkunft und inzwischen auch von der Herkunft nach Bundesland zu mindern.

"Die Länder müssen in die Pflicht genommen werden, den Bildungsbereich wichtig zu nehmen und nicht ständig mit Fingern auf andere zu zeigen", so Eckinger. "Der Kulturföderalismus taugt nur etwas, wenn auf diesem Wege in allen Bundesländern vergleichbare Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler geschaffen werden." Der VBE-Bundesvorsitzende verweist darauf, der Staat sei bisher nicht verpflichtet, auf allen Schulstufen Bedingungen vorzuhalten, damit jedem Lernenden ein Abschluss gelingen könne."



"Guten Schülern wird Abitur vorenthalten"

FR-Interview mit Prof. Dr. Heike Solga

Heike Solga ist Direktorin der Abteilung "Ausbildung und Arbeitsmarkt" am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB) und Professorin für Soziologie mit Schwerpunkt Arbeit, Arbeitsmarkt und Beschäftigung an der FU Berlin. Zudem ist sie Direktorin des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts (SOFI) an der Universität Göttingen. Seit Anfang 2005 ist sie Mitherausgeberin der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie.

Frau Professor Solga, sind Sie schon aufgeregt?

Nein, warum?

Weil heute doch die Ergebnisse des neuen Pisa-Ländervergleichs veröffentlicht werden.

Das ist kein Grund zur Aufregung, denn die Hoffnung, dass sich schnell etwas ändert, ist eher gering. Ich kann nicht erkennen, dass die Politik massiv auf die Bildungsarmut reagiert.

Könnte Ihre Gelassenheit damit zu tun haben, dass Sie ohnehin schon wissen, was herauskommt - auch wenn diesmal keiner geplaudert hat?

Natürlich. Wir haben immer noch ein Viertel oder ein Fünftel Risikoschüler, meist Hauptschüler, die nicht einmal oder maximal die Kompetenzstufe eins schaffen. Wir haben weiter große Unterschiede zwischen den Bundesländern. Der Skandal ist doch, dass trotzdem seit acht oder zehn Jahren nichts passiert.

Woran liegt's?

Politik und Wissenschaft wissen, was zu tun ist. Wenn man Studien wie Pisa ernst nimmt, geht es darum, Lernmilieus zu schaffen, in denen Lernen Freude macht. Und das sind nicht die Schulen, die einem nach Klasse vier sagen, ob man dumm oder schlau ist. Natürlich weiß die Politik, dass die Gemeinschaftsschule die Lösung ist. Aber dann heißt es immer, die sei nicht durchsetzbar.

Wer blockiert denn die Gemeinschaftsschule?

Politiker, die wiedergewählt werden wollen, Eltern, die ihre Privilegien sichern, Lehrer, die ihr Gehalt behalten wollen. Schließlich verdienen Gymnasiallehrer deutlich mehr als Grund- oder Hauptschullehrer. Außerdem würden sich die Arbeitsbedingungen von Lehrern in der Gemeinschaftsschule stark verändern.

Was bringt die Gemeinschaftsschule?

Der Hauptschulabschluss reicht nicht mehr. Ich bin der Meinung: Als Ziel müssten wir uns setzen, dass möglichst alle Schüler mindestens mit dem Realschulabschluss von der Schule abgehen.

Viele Jugendliche haben aber gar keinen Abschluss. . .

Etwa acht Prozent jedes Jahr, das sind etwa 76 000 Schüler. Davon kommen 40 Prozent aus Sonderschulen. Ein hausgemachtes Problem. Denn in sechs Bundesländern ist in der Sonderschule gar kein Abschluss vorgesehen.

Wenn Sie einen Tag lang Herrscherin sein und mal eben das Bildungssystem neu gestalten dürften. Was würden Sie tun?

Man kann ja nicht an einem Tag ein Bildungssystem umbauen. Aber ich würde die Macht nutzen, das System auf die richtige Spur zu setzen, so dass es in zehn Jahren da ist, wo wir hin wollen: Hin zur Gemeinschaftsschule, und zwar bis Klasse zehn. Ich würde die Lehrerbildung massiv verändern. Viele Lehrer haben gar keine Idee davon, dass sie an der sozialen Ungleichheit mitarbeiten. Sie müssten mehr über Elternarbeit lernen. Es sollte keine Unterscheidung mehr zwischen den Schularten geben: Alle Lehrer müssten alles unterrichten können - Kinder eben, und nicht Schülergruppen. In den Grund- und Hauptschulen müsste es massiv Förderunterricht geben.

Bayern ist bei Pisa ja immer vorn. Warum machen es nicht einfach alle so wie die Bayern?

Weil wir dann einen Teil der Hochschulen schließen müssten. Bayern pflegt sein elitäres System. Denn in Bayern machen bloß rund 37 Prozent der Jugendlichen Abitur, anderswo sind es zum Teil 45 Prozent und mehr. In Bayern geht es sozial total ungerecht zu. Guten Schülern wird das Abitur vorenthalten.

Warum ist Bayern bei Pisa dann so gut? Da geht es doch auch um soziale Ungerechtigkeit?

Weil in Bayern auch Kinder aus der unteren Mittelschicht die Hauptschule besuchen. Sie ist dort noch keine soziale Grenze.

Wenigstens bei der Ganztagschule geht es ja hie und da voran. Inwiefern hilft sie den schwachen Schülern?

Die Politik tut sich da leichter, weil die Ganztagschule auch berufstätigen Mittelschichtsmüttern hilft. Leider ist die Ganztagschule häufig noch freiwillig. Gerade jene Schüler, für die sie wichtig wäre, bleiben nachmittags oft weg, etwa weil die Mädchen im Haushalt helfen oder auf Geschwister aufpassen müssen. Eine gute Ganztagschule ist ein Lebensort für die Schüler, da müssen sich auch andere Akteure wie Sportvereine tummeln, da muss Leben rein. Für die Motivation ist es wichtig, dass die Jugendlichen gerne in die Schule gehen.

Wir wissen also, was zu tun ist. Wozu dann noch Pisa?

Pisa erinnert uns alle drei Jahre daran: "Leute, Ihr habt Eure Hausaufgaben nicht gemacht."

Interview: Frauke Haß



Pisa-Ergebnisse werden nun zur Selbstbestätigung missbraucht - Die neue Wohlfühlstudie

Kommentar von Anna Lehmann - 18.11.2008

Wir sind wieder wer: Das ist das Fazit, das die Kultusminister aus dem dritten Pisa-Bundesländervergleich ziehen. Schüler aus Sachsen, Bayern und Thüringen zählen demnach nicht nur in Deutschland zur Spitzengruppe, sondern können international mithalten. Innerhalb von sieben Jahren ist der deutsche Pisa-Frust in eine regionale Pisa-Euphorie umgeschlagen. Die Studien dienen nicht mehr nur dem Erkenntnisgewinn, sondern sind nun auch wirksames Mittel zur Selbstbefriedigung.

Zunächst darf man durchaus staunen, dass sich Deutschland innerhalb von nur sieben Jahren vom Bildungsloser zum Einserkandidaten gemausert hat. Sonst braucht Politik doch immer viel länger, um Wirkung zu entfalten. Die Vermutung liegt daher nahe, dass sich Bildungspolitiker dem Pisa-Stress unterordnen und auf kurzfristige Erfolge setzen. Dafür spricht, dass Lehrpläne auf Pisa-tauglich getrimmt werden und die Teilnahme an den Vergleichsarbeiten für die Schüler in fast allen Bundesländern verpflichtend ist. Ob diese Bildungspolitik wirklich nachhaltig ist, also Schüler tatsächlich besser ausbildet und die Weichen für ein gerechtes und international wettbewerbsfähiges Bildungssystem stellt, ist hingegen zweifelhaft.

Betrachtet man die Entwicklung nüchtern, dann zeigt sich, dass der Anteil der Neuntklässler, die als Risikoschüler auf Grundschulniveau verharren, wenig gesunken ist. Chancengerechtigkeit ist im deutschen Schulsystem weiterhin nicht gegeben. Deutsche Schüler, deren Eltern zugewandert sind, zählen zu den Verlierern, genauso wie Kinder aus bildungsfernen Familien.

Beim Bildungsgipfel im vergangenen Monat waren sich alle einig: Die Zahl der Schulabbrecher muss halbiert werden, und die Herkunft darf nicht mehr wie bislang über die Bildungschancen der Kinder entscheiden. Um diese Zusagen einzuhalten, ist die Selbstbeweihräucherung über kurzfristige Lernerfolge wenig hilfreich. Denn auch das zeigt der Bundesländervergleich: Wo die schwachen Schüler gefördert werden, schneiden alle besser ab.

Kita-Pflicht statt Herdprämie



Grund für das gute Abschneiden der ostdeutschen Bundesländer ist ihr geringer Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund. Diese in das Schulsystem zu integrieren, ist die zentrale Aufgabe der Bildungspolitik.

Schulpolitiker in Sachsen, Thüringen und Bayern klopfen sich auf die Schultern, Bremen und Hamburg sind die Verlierer der Bildungs-Bundesliga. Aus den Pisa-Ergebnissen lassen sich griffige Schlagzeilen formen, über die Ursache des Ost-West-Gefälles erzählen sie jedoch nichts. Sie erzählen nichts über die grundlegende Schwierigkeit der Stadtstaaten, über den Startvorteil der Ostdeutschen: Kinder mit Migrationshintergrund schneiden wesentlich schlechter ab als ihre deutschstämmigen Altersgenossen.

Besonders beim Lesen - der wichtigsten Kompetenz für den Lernerfolg in allen Fächern - bleiben sie weit zurück. Das gilt für alle Bundesländer. Während in den Stadtstaaten der Anteil dieser Schüler jedoch bei mehr als einem Viertel liegt, bleibt er in den neuen Ländern durchweg unter vier Prozent. Die Tabellenführung der Ostdeutschen ist also nur zu einem geringen Teil der Verdienst ihrer Bildungspolitik.

Schulpolitik allein kann das zentrale Systemproblem ohnehin nicht lösen, denn die Schwierigkeiten beginnen schon im Vorschulalter. Gerade Kinder aus sozialen Brennpunkten brauchen frühe Förderung. Die beste Vorbereitung auf die Schule sind Kindergärten. Kitas in Deutschland werden immer besser, Erzieher dort sind gut ausgebildet, dort lernen Kinder deutsch und den sozialen Umgang miteinander. Gerade für Kinder aus bildungsfernen Schichten, für Kinder, die zu Hause kein deutsch sprechen, muss es deshalb genügend Kita-Plätze geben. Das "Herd-Prämie" getaufte Betreuungsgeld, das es Müttern nahelegt, ihre Kinder bis zur Einschulung zu Hause zu behalten, ist darum das falsche Signal. Helfen würde das Gegenteil: eine Kita-Pflicht.

Wer in Problemvierteln aufwächst, hat in Deutschlands Schulen keine Chance. Ihn erreicht unser Bildungssystem gar nicht. Zwar sind die Leistungen der Migrantenkinder breiter gestreut, es gibt also auch sehr gute Schüler unter ihnen. Allerdings sind die Pisa-Ergebnisse der schwachen Schüler derart eklatant, dass sie den Durchschnitt in Bundesländern wie Hamburg, Bremen, aber auch Nordrhein-Westfalen spürbar beeinflussen. Unserem Schulsystem fehlt es an Integrationsfähigkeit und sozialer Durchlässigkeit, deutschlandweit.

Problemschüler zu integrieren, kostet Geld. Und auch das fehlt in Bremen mehr als in Bayern. Was in Kindergärten beginnt, muss in der Schule fortgesetzt werden. Schüler brauchen Sprachkurse und Einzelbetreuung durch Sozialarbeiter. Ihre Eltern müssen in die Arbeit der Pädagogen einbezogen werden. Und sie brauchen kleinere Klassen. In den fünf neuen Ländern lernen die Schüler in den kleinsten Gruppen - allerdings nicht allein aus pädagogischen Gründen, sondern auch dank der schrumpfenden Bevölkerung.



Pisa-Studie

"Dumm, unsozial und faul"

von Yvonne Globert

Pisa bringt es an den Tag: Welches Bundesland hat die schlauesten Schüler und welches die dümmeren? Dass Letztere vor allem den Hauptschulen entstammen, das muss die aktuelle Pisa-Erweiterungsstudie, die am Dienstag offiziell in Berlin vorgestellt wird, nicht mehr verraten. Hauptschüler gleich Bildungsverlierer. Schon klar. Was die Pisa-Studie aber auch diesmal auslassen wird: Was denken Hauptschüler selbst über ihr mieses Ansehen? Und wie wirkt sich diese Wahrnehmung auf ihre schulischen Leistungen aus?

Untersucht hat dies nun der Psychologe Michel Knigge, Mitarbeiter am Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB). Mit seiner Promotion an der FU Berlin schaffte er es unter die besten zehn Anwärter für den Deutschen Studienpreis 2008. Der 34-Jährige stieß in eine Forschungslücke: Zwar erscheint es logisch, dass sich das Wissen eines Hauptschülers um seinen Status als Besucher einer vermeintlichen "Restschule" nicht gerade positiv auf dessen Selbstbewusstsein auswirkt. Aber wissenschaftlich bestätigt wurde diese Annahme bislang nicht.

Vielmehr haben Studien eher gezeigt, dass sich Hauptschüler im direkten Vergleich mit ihren Mitschülern für talentiert und leistungsbereit halten. Das ist nicht unbedingt überraschend, denn sie vergleichen sich ja hier in der Regel eher mit einer schwächeren Schülerklientel.

Knigge befragte nun rund 900 Hauptschüler in Berlin, wie die Gesellschaft sie wahrnimmt. Ihre Antwort lässt kräftig schlucken: Dumm, faul, unsozial. So, glauben sie selbst, urteilen andere über sie. "Hirnamputiert und nicht in der Lage, irgendwas zustande zu bringen." So bringt es einer der befragten Schüler auf den Punkt. "Eigentlich reicht die Skala negativer Beurteilungen, wie sie in meiner Befragung vorgegeben waren, gar nicht aus", hat Knigge beobachtet. "Sie hätte nach Einschätzung der Hauptschüler noch viel weiter gehen können."

Die dritte Pisa-Studie

Sachsen erreicht beim Pisa-Test 2006 in allen Disziplinen den ersten Platz und verweist damit den bisherigen Sieger Bayern auf den zweiten Rang, meldet dpa.

Im Pisa-Untersuchungsschwerpunkt Naturwissenschaften folgt hinter Sachsen und Bayern Thüringen auf Platz drei. Ebenso sieht die Rangfolge beim Lesen- und Textverständnis aus. In der Disziplin Mathematik liegt Baden-Württemberg hinter Sachsen und Bayern auf Platz drei, Thüringen folgt auf Platz vier.

Es ist der dritte Pisa-Bundesländervergleich seit dem ersten Test im Jahr 2000. Für den Bundesländer-Ergänzungstest der weltweiten Pisa-Studie wurden 57.000 Schüler an 1500 Schulen getestet.

"Hirnampuliert"

Gymnasiasten etwa, die Knigge ebenfalls befragte, haben da ein wesentlich besseres Bild von sich. Und auch unter den Hauptschülern zeigen sich je nach untersuchter Altersstufe zunächst noch Unterschiede: Siebtklässler, die gerade sechs Jahre gemeinsame Grundschulzeit, wie in Berlin üblich, hinter sich haben, sehen ihre Rolle als Hauptschüler noch nicht so negativ wie Neuntklässler, die die Hauptschule schon zwei Jahre länger besuchen. Deren Gefühl der Stigmatisierung findet sich dabei flächendeckend - unabhängig von Schulklasse und Lehrern, die ihren Schülerinnen und Schülern gegenüber ebenfalls Vorurteile zeigen. Genauso übrigens wie Lehramtsstudenten, die noch keinen oder kaum Kontakt zu Hauptschülern hatten. Was folgt daraus? Um sich vor Stigmatisierungen zu schützen, "neigen Schüler dazu, Situationen zu vermeiden, in denen Leistung gefordert wird", so Knigge. Seine Studie zeigt: Je stärker Hauptschüler von ihrem negativen Außenbild überzeugt sind, umso geringer ist ihre Motivation, sich in der Schule zu engagieren und zusätzliche Aufgaben zu übernehmen, aber auch die Freude auf die Schule.

Knigges Studie haut damit in die gleiche Kerbe wie die Untersuchung der US-Psychologen Claude Steele und Joshua Aronson. Diese hatten in den 90er Jahren die Bedrohung durch Stereotype am Beispiel junger Afroamerikaner nachgewiesen: Obwohl erfolgreiche Studenten an der renommierten Stanford University, sanken ihre Leistungen bei einem Test, nachdem sie zuvor Auskunft über ihre ethnische Herkunft erteilt hatten. Ein ähnlicher Effekt zeigte sich auch bei naturwissenschaftlichen Prüfungen von Frauen, die zuvor ihr Geschlecht angaben. "Gerade das Stereotyp, das über die eigene Gruppe besteht und das man eben nicht bestätigen möchte, wird wirksam", so Knigge. Auch bei den von ihm untersuchten Hauptschülern zeigte sich: Unabhängig von ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit wird das Stigma vom schlechten Schüler zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Das gilt auch für die Bereitschaft, auf eine höhere Schulform zu wechseln: Da das Image des Hauptschülers besonders dann auf ihm lastet, wenn er sich in der Minderheit fühlt, reizt ein Wechsel an Realschule und Gymnasium nur wenig: Jeder weiß ja hier, woher der oder die Neue kommt. Am stärksten leiden die Hauptschüler unter dem Klischee, sie seien unsozial, gar aggressiv: "Damit wird ihnen ja auch ihre Menschlichkeit aberkannt und das empfinden sie als besonders bedrohlich", sagt Knigge.

Weitere Forschungen, was Knigges Erkenntnisse auch für Entscheidungen zum dreigliedrigen Schulsystem bedeuten, böten sich an. Und nicht zuletzt die Frage: Trägt nicht auch eine Studie wie Pisa ungewollt zur mangelnden Leistung deutscher Hauptschüler bei?



Noch eine Studie

Deutschlands Hochschulsystem wird erneut kritisiert

In einer Studie des Lisbon Councils kommt Deutschland unter 17 OECD Staaten gerade mal auf den 15. Platz, nur Österreich und Spanien schneiden noch schlechter ab. Bezogen auf die Quote derer, die ein Studium abschließen, wird Deutschland sogar der letzte Platz zugewiesen. Ebenso beim Zugang: In allen anderen Ländern ist die Leistungshürde geringer. Lediglich bei der Attraktivität der Hochschulen für ausländische Studierende liegt Deutschland sehr gut: Auf Platz drei.

Lisbon Council

Das Lisbon Council for Economic Competitiveness ist eine 2003 privat gegründete Denkfabrik, die in Brüssel ansässig ist. Sie setzt sich nach eigenen Angaben für die Lissabon-Strategie der EU ein. Ziel dieser Agenda ist die Förderung von Wachstum und Arbeit in Europa. Bildung wird vor allem als Investition ins "Humankapital" gesehen und weniger als Menschenrecht. Insofern wird auch beim hier vorgestellten Ranking vor allem auf "Verwertbarkeit" des Studiums für die Wirtschaft geachtet, weniger auf Bildung und Kritikfähigkeit.

Die Studie stützt sich auf die Analyse von sechs Kriterien, mit denen sie die Hochschul-Systeme der einzelnen Länder bewertet.

1. Inklusivness (im Deutschen schwer in einem Wort zu fassen, am ehesten vielleicht noch: Integrationsfähigkeit)

Hier wird im wesentlichen die Quote der Menschen mit Studienabschluss herangezogen im Vergleich zur Gesamtpopulation, die theoretisch ein Studium abgeschlossen haben könnte. In diesem Punkt liegt Deutschland bekanntermaßen sehr schlecht. Die vorliegende Studie kommt auf einen Wert von 20% mit Hochschulabschluss für die aktuelle Alterskohorte und damit den letzten Platz. Auf Platz 1 liegt Australien, wo 59% eines Jahrganges einen Hochschulabschluss erreichen, auf Platz 2 Finnland mit 47%.

Ein wenig relativiert sich das dadurch, dass in anderen Ländern Ausbildungsgänge, die in Deutschland als betriebliche Lehre laufen, als Studium organisiert sind. Aber selbst wenn man das berücksichtigt (was bei der vorliegenden Studie nicht der Fall ist), liegt Deutschland nur im Mittelfeld.

2. Zugang

Hier geht es darum, ob das Hochschulsystem eines Landes auch SchülerInnen mit geringeren schulischen Erfolgen in der Sekundarstufe (also beim Erreichen der Hochschulzugangsberechtigung) eine Chance gibt, an die Hochschule zu kommen und diesen auch zu helfen, weiterzukommen.

Hier liegt Deutschland auf dem letzten Platz. Die Studie hat dazu verglichen, welchen PISA-Wert bei Mathematik erfolgreiche AbsolventInnen der Hochschule im Durchschnitt aufgewiesen haben. In Deutschland waren es 593 Punkte, die für ein erfolgreiches Studium nötig waren. In Polen dagegen nur 500, und selbst in Finnland (bei diesem Kriterium selbst nur auf Platz 12) waren nur 542 Punkte nötig.

Die Studie erwähnt explizit Deutschland: "A strategy based on over-educating some while leaving others to go horribly undereducated has led to ever growing pockets of social exclusion in some quarters and a chronic shortage of talent available to the German economy as a whole."

3. Effektivität

Hier geht es darum, ob die Graduierten auch "passen" für den jeweiligen Arbeitsmarkt. Über diese Bewertung kann man wohl lange streiten, insbesondere wenn man Bildung nicht (nur) als Ausbildung ansieht. Auch ob die bei dieser Studien verwendete Methode, das höhere Gehalt durch das Studium als Gradmesser für die Effektivität zu nehmen, sinnvoll ist, sollte man für sich entscheiden.

Hier jedenfalls ist die USA auf Platz 1: Dort bekommt ein Graduierte offenbar in der für ihn passende Branche ein um 76,8% höheres Gehalt als jemand ohne Studium. Deutschland steht auf Platz 11 mit 46,1%.

4. Attraktivität

Hier verstanden als die Fähigkeit, Studierende aus dem Ausland anzulocken. Auch das ein durchaus fragwürdiges Kriterium, da neben der Qualität des Studiums noch eine Menge anderer Dinge in die Wahl der ausländischen Studierenden hineinspielen dürften.

Bei diesem Punkt schneidet Deutschland aber sehr gut ab und kommt auf Platz 3, nur Frankreich (Platz 2)

und Großbritannien liegen davor. Und haben ja einen entscheidenden Vorteil: Englisch und Französisch wird nun einmal von mehr Menschen gesprochen, als Deutsch – und auch das hat sicher Auswirkungen auf die Wahl des Studienortes im Ausland. Erstaunlich ist, dass die USA hier nur auf Platz 8 kommen.

5. Altersbereich

Es wird von vielen immer vom "lebenslangen Lernen" gesprochen. Nimmt man dies ernst, sollte auch ein Studium (meist in Form einer Weiterbildung, also bspw. einem Master-Studiengang) in etwas höherem Alter "normal" sein. Die Studie betrachtet somit die Quote der 30-39 jährigen an Hochschulen.

Hier ist Deutschland mal wieder auf dem letzten Platz. Nur 2,5% dieser Altersgruppe studieren. Kein Wunder: Studienfinanzierungsmöglichkeiten für über 30-jährige sind sehr rar. BAföG für einen Master gibt es nur, wenn man bei Studienbeginn unter 30 ist (es gibt nur sehr wenige Ausnahmen) und es sich um einen konsekutiven Master handelt. Weiterbildende Master werden grundsätzlich nicht vom BAföG gefördert und kosten oft noch besondere Studiengebühren (auch an staatlichen Hochschulen, selbst in ansonsten Studiengebühren-freien Bundesländern). Auch die (sowieso mit Vorsicht zu betrachtenden, weil u.U. zu hohen Schulden führende) kommerziellen Studienkredite werden so gut wie gar nicht für Ältere angeboten.

In Großbritannien dagegen studieren 15,8% aus dieser Altersgruppe, auch Australien (14%), Schweden (13,3%) und Finnland (13,1%) weisen Quoten weit über 10% auf. Davon ist Deutschland offensichtlich noch sehr weit entfernt. Allerdings auch viele andere Länder: Selbst das auf Platz 6 befindliche Ungarn hat nur eine Quote von 5,8%.

6. Wandlungsfähigkeit

Die Studie möchte hier die Fähigkeit zu Reformen und Veränderungen mittels der Umsetzung der im Bologna-Prozess festgelegten Kriterien messen. Es geht hier also um die Harmonisierung des Hochschulraumes (in Deutschland bedeutet das auch die Umstellung auf die Abschlüsse Bachelor und Master) und die wechselseitige Anerkennung von Hochschulabschlüssen und Teilleistungen (insbesondere mittels Creditpoints - ECTS).

Trotz einiger Kritik an der etwas schleppenden Umsetzung in Deutschland wird trotzdem von der Studie die Note 1.89 vergeben (1.0 wäre die beste mögliche Note, 5.0 die schlechteste). Damit liegt Deutschland auf Platz 10 (von 15; die USA und Australien können hier nicht berücksichtigt werden, da sie natürlich nichts mit dem europäischen Hochschulraum zu tun haben). Die schlechteste Note erhält Spanien: 2.64, am besten schneiden Irland (1.06), Dänemark (1.19) und Großbritannien (1.35) ab.

Hochschul-System Gesamtranking

Insgesamt kommt die Studie zu folgendem Gesamtranking, betont aber, dass es weniger darum geht, genaue Plätze und Werte zu vergeben, als über die Probleme des Hochschulsystems an sich zu diskutieren und es zu verbessern. Insofern sind in der Tat den Einzelergebnissen größere Bedeutung zuzumessen (und hier wiederum manche weniger zu beachten als andere). Siehe also die Beschreibung weiter oben.

| | |
|--------------------------|------------------------|
| 1. Australien (30.6) | 10. Frankreich (62.2) |
| 2. Großbritannien (31.1) | 11. Polen (64.4) |
| 3. Dänemark (39.1) | 12. Ungarn (64.5) |
| 4. Finnland (40.8) | 13. Niederlande (69.6) |
| 5. USA (49.0) | 14. Schweiz (70.3) |
| 6. Schweden (49.2) | 15. Deutschland (72.5) |
| 7. Irland (49.2) | 16. Österreich (76.4) |
| 8. Portugal (54.3) | 17. Spanien (79.4) |
| 9. Italien (60.9) | |

Quelle und weitere Artikel zum Thema

- University Systems Ranking: Citizens and Society in the Age of the Knowledge (PDF-Dokument des Lisbon Councils mit einer Zusammenfassung der Studie) »
- Soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden in Europa (Artikel zur Eurostudent III-Studie, 06.10.2008) »
- Deutschland steht schlecht in Sachen Hochschulbildung (Artikel zur OECD-Studie "Bildung auf einen Blick", 09.09.2008) »